

terkunft in München, wofern sie ihm nur die Aufstellung seiner Bibliothek und die Arbeitsmöglichkeit für Leitung und Mitarbeiter sichert, den prunkvollsten Schlössern und Villen in der Umgebung vor.

Das Institut ist sich darüber im klaren, daß einer raschen Verwirklichung seines Wunsches nach einer Heimstätte in München selbst viele Schwierigkeiten entgegen stehen, daß sie bis zu einer gewissen Normalisierung des Lebens in deutschen Städten kaum zu verwirklichen sein wird. Es drängt damit aber auch keineswegs. Seine provisorische Unterbringung in Schloß Pommersfelden ist, auch nach dem Urteil Außenstehender wie des Herrn Regierungspräsidenten in Ansbach, so zweckmäßig und gut, daß es hier eine Arbeitsmöglichkeit hat, die ihm z.Zt. in einer Stadt so nicht geboten werden kann. Es hat also hinreichend Muße, hier die Entwicklung abzuwarten, ohne in seiner Leistungsfähigkeit beeinträchtigt zu sein. Eine verfrühte Verlegung nach München könnte dieser nur abträglich werden; in den Genuß der Bibliotheks- und Archivschätze dort würde es ohnehin vorläufig noch nicht kommen können. Sein jetziges Provisorium erübrigt aber auch eine Zwischenlösung bis zu seiner künftigen Unterbringung in München zu suchen und dafür etwa an Möglichkeiten wie Icking zu denken. Der damit verbundene Umzug würde nur große unnötige Kosten verursachen.

Wie sich das Institut künftig die Bereitstellung seiner Haushaltsmittel denkt, erhellt aus dem Memorandum in der Anlage. Sämtliche deutschen Staaten sollen dazu Beiträge leisten. Bis zur Durchführung dieses Systems die noch geraume Zeit in Anspruch nehmen dürfte, müßte freilich der bayrische Staat einen Nothaushalt übernehmen, wie ihn der Herr Landrat in Höchstädt a.d.Aisch auf Anweisung des Herrn Regierungspräsidenten in Ansbach für 1945 gewährt hat. Indem ich auf die Haushaltsaufstellung des Instituts in der Anlage verweise, die allerdings mangels der noch in Berlin lagernden Verwaltungsakten geringe Fehler aufweist, bemerke ich, das angesichts der für 1946 erwarteten Zunahme der wissenschaftlichen Tätigkeit und der Wiederaufnahme der Druckvorhaben, insbesondere der Institutszeitschrift, ohne Berücksichtigung der Bezüge des Herrn Präsidenten etwa 40.000 RM für das Haushaltsjahr vorzusehen wären. Dieser Betrag wird auch nur dann ausreichend sein, wenn das Institut an seinem derzeitigen Sitz Pommersfelden belassen wird, wo die Verwaltungskosten auf ein Minimum reduziert werden können. Auch die Notwendigkeit, dem bayrischen Staat zunächst die Haushaltslasten allein aufzubürden, spricht also für die einstweilige Beibehaltung des Pommerfelder Provisoriums.

Zusammenfassend bitte ich das Ministerium

1. baldmöglichst eine grundsätzliche Entscheidung der bayrischen Staatsregierung im Sinne des Antrages des Herrn stellv. Generaldirektors der staatlichen Archive Bayerns und des vorliegenden Schreibens sowie